

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin 1995/96	127
Löhne und Gehälter in Ost- und Westdeutschland gleichen sich an, Lohnstückkosten jedoch nicht ...	134

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin 1995/96

Die wirtschaftliche Leistung dürfte in Berlin 1995 kaum höher als im Jahr davor gewesen sein. Neben der spürbaren konjunkturellen Abschwächung in Deutschland wirken sich weiterhin regionale Sonderfaktoren aus. Die strukturelle Anpassung an die nach dem Fall der Mauer völlig veränderten Rahmenbedingungen ist noch in vollem Gang. Zum Teil werden dabei allerdings Arbeitsplätze lediglich ins Umland verlagert. Sie gehen damit zwar der Stadt, nicht aber der Wirtschaftsregion insgesamt verloren.

Für dieses Jahr ist ebenfalls nur ein geringes wirtschaftliches Wachstum in Berlin zu erwarten. Die Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts wird — grob geschätzt — allenfalls bei 1 vH liegen, dem Wert, der für die gesamte Volkswirtschaft erwartet wird. Die Aussichten für die einzelnen Wirtschaftsbereiche sind wiederum sehr unterschiedlich. In weiten Teilen des Dienstleistungssektors dürfte sich die Expansion fortsetzen, und im Handel wird es zu einer leichten Belebung kommen. Weiterhin schwierig bleibt dagegen die Lage der Industrie. Dämpfend auf die Wirtschaftsentwicklung werden sich auch die Einsparungen auswirken, zu denen das Land aufgrund seiner äußerst angespannten Haushaltslage gezwungen ist.

Die mittelfristigen Perspektiven der Berliner Wirtschaft sind dagegen zweifellos günstiger. Doch auch wenn ab Ende der neunziger Jahre in der Hauptstadt die neu entstehenden wirtschaftlichen Strukturen mehr und mehr zum Tragen kommen, wird es noch etliche Zeit dauern, bis der Rückstand in der Wirtschaftskraft gegenüber vergleichbaren Großstädten aufgeholt ist.

Quantitative Schätzungen derzeit kaum möglich

Die wirtschaftliche Lage Berlins läßt sich derzeit nur sehr bruchstückhaft zahlenmäßig beschreiben. So sind die statistischen Informationen über die Industrie dürftig, die einschlägigen Statistiken des Handels gibt es aktuell nicht, und das Zahlenwerk über die Bauwirtschaft wird immer weniger aussagekräftig, da die zunehmende Zahl von in Berlin produzierenden auswärtigen Baubetrieben nicht erfaßt wird. Zudem liegen nach wie vor viel zu wenige Informationen über den Dienstleistungssektor vor.

Auf dem sehr schwachen empirischen Fundament hat der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder in der letzten Woche für 1995 erste vorläufige Schätzungen über die Entstehung des Sozialprodukts und

über die Erwerbstätigkeit vorgelegt. Danach war im Westen Berlins 1995 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) real um 1,5 vH und die Zahl der Erwerbstätigen um 1,8 vH niedriger als 1994. Für die alten Bundesländer weist die amtliche Statistik dagegen beim BIP einen Zuwachs um 1,5 vH und bei den Erwerbstätigen eine Abnahme um 0,7 vH aus. In Westberlin hätte es danach 1995 — anders als in Westdeutschland — kaum einen Produktivitätsfortschritt gegeben. Dafür gibt es aber keine Anhaltspunkte. Während die geschätzte Erwerbstätigenzahl — im Lichte der verfügbaren Arbeitsmarktdaten — plausibel erscheint, dürfte für die Wertschöpfung ein deutlich zu niedriger Wert veranschlagt worden sein. Tatsächlich dürfte die Wirtschaftsleistung im Westen Berlins 1995 ungefähr so groß wie im Jahr zuvor gewesen sein.

Für die östlichen Bezirke schätzt der Arbeitskreis, daß die Wirtschaftsleistung 1995 um 5,3 vH höher und die Zahl der Erwerbstätigen um 2,1 vH geringer war als 1994 (neue Bundesländer: BIP + 5,8 vH, Erwerbstätigkeit + 1,8 vH). Demzufolge wäre die Produktivität (je Erwerbstätigen gerechnet) im Osten Berlins etwa doppelt so rasch wie in den neuen Bundesländern gestiegen. Das ist ebenfalls ein überraschendes Ergebnis, zumal die Produktivität in Ostberlin schon zuvor weit höher als in Ostdeutschland war¹. Inwieweit die amtliche Schätzung für Ostberlin zutrifft, läßt sich kaum prüfen, da hier die Datenlage noch schlechter als für Westberlin ist. Es gibt aber Hinweise, daß die Erwerbstätigkeit sich weniger ungünstig entwickelt hat als von der amtlichen Statistik angenommen².

In einer Situation, in der über den allergrößten Teil der Wirtschaft gar keine oder keine hinreichenden Informationen vorhanden sind, ist die Schätzung einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Entstehungsseite) für Berlin mit sehr hoher Unsicherheit verbunden. Daher werden hier für dieses Jahr nur Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin dargestellt.

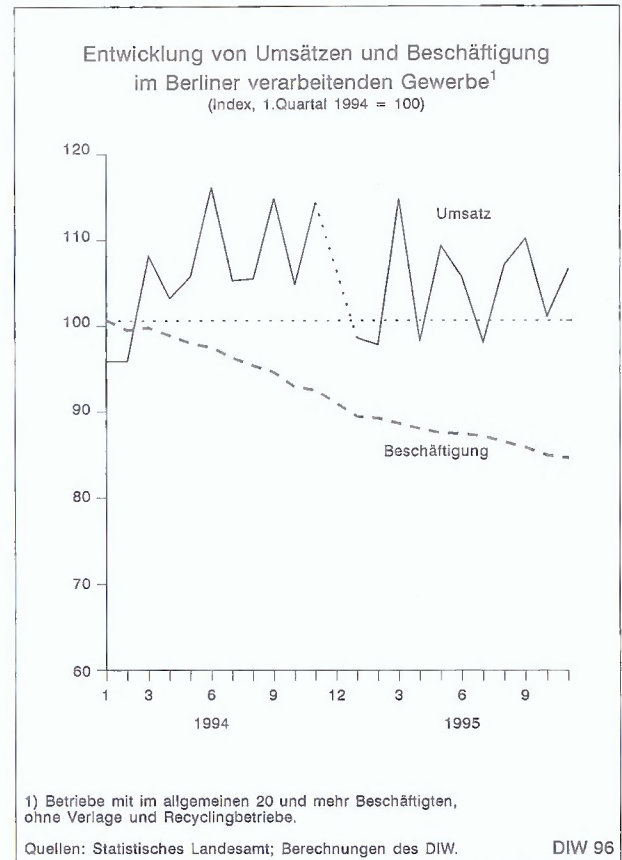
Verarbeitendes Gewerbe

Die Talfahrt der Berliner Industrie hielt 1995 an. Die Umsätze waren deutlich niedriger als 1994, und die Beschäftigung ging weit stärker zurück als in der gesamten deutschen Industrie. Eine derartige Entwicklung war in fast allen Industriezweigen zu beobachten. Zu den bedeutenden Ausnahmen gehört der Fahrzeugbau, bei dem in Berlin neben der Automobilindustrie auch andere Teile des Straßenfahrzeugbaus sowie der Schienenfahrzeugbau eine gewichtige Rolle spielen. Dieser Industriezweig konnte im Verlauf des letzten Jahres deutliche Umsatzzuwächse verzeichnen; die Branche hat vom Sommer an sogar die Beschäftigung etwas aufgestockt. Auch der Maschinenbau konnte seine Umsätze erheblich steigern, die Beschäftigung wurde aber reduziert. Kräftig expandiert hat der Absatz im Inland — wohl nicht zuletzt wegen des spezifischen Produktspektrums des Berliner Maschinenbaus, das stark auf baunahe Güter ausgerichtet ist. Die Exporte waren dagegen rückläufig.

Außerordentlich ungünstig war die Entwicklung in dem weitaus bedeutendsten Industriezweig Berlins, der Elektroindustrie, zu der nach der neuen Zweigklassifikation für das verarbeitende Gewerbe auch die Herstellung von EDV-Maschinen sowie die Bereiche Feinmechanik und Optik zählen. Die Umsätze gingen hier im vergangenen Jahr rapide zurück. Noch stärker war der Beschäftigungsrückgang; 1995 wurde ein Achtel der Arbeitsplätze abgebaut. Nicht viel anders verlief die Entwicklung in zwei weiteren bedeutenden Branchen des Berliner verarbeitenden Gewerbes, der chemischen Industrie und dem Nahrungs- und Genußmittel produzierenden Gewerbe.

Eine durchgreifende Besserung der Industrieentwicklung in Berlin ist für 1996 schon allein wegen der allgemein schwachen Konjunktur nicht zu erwarten³. Von konjunkturalen

Schaubild 1



rellen Einflüssen hängt nun auch zunehmend die Entwicklung der Industrie im Osten Berlins ab. Hier sind die Systemtransformation und die Investitionen in die Erneuerung der jetzt nur noch kleinen industriellen Basis weitgehend abgeschlossen. Neue Produktionsbetriebe werden — wie im Westteil Berlins und wie in anderen Großstädten — kaum hinzukommen. Innerstädtische Standorte sind für die industrielle Produktion vergleichsweise unattraktiv. Wenn zusätzliche Fertigungen im Berliner Raum angesiedelt werden, dann im Umland der Stadt. Dorthin dürfte es auch weiterhin bisher in Berlin ansässige Betriebe ziehen. Bei Dienstleistungsaktivitäten von Industrieunternehmen, die zu einem großen Teil statistisch gar nicht zur Industrie gerechnet werden, und auf dem Gebiet der High-tech-Produktion hat Berlin aber durchaus Chancen, seine Position zu verbessern.

Bauwirtschaft

Der seit dem Fall der Mauer andauernde Bauboom in Berlin setzt sich fort. Durch den Hauptstadtausbau gibt es

¹ Im Jahr 1994 betrug die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen in Ostberlin 72 600 DM, in Ostdeutschland insgesamt waren es 55 000 DM.

² Vgl. den Abschnitt zum Arbeitsmarkt in diesem Aufsatz.

³ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/96.

eine Sonderkonjunktur, so daß hier noch keine Abschwächung der Bauproduktion wie in anderen Teilen der Bundesrepublik zu erkennen ist.

In zunehmendem Maße drängen aber ausländische Firmen auf den hiesigen Markt und bieten ihre Leistungen zu niedrigen Preisen an⁴. Infolgedessen ist die Zahl der von den Berliner Betrieben auf den Baustellen erbrachten

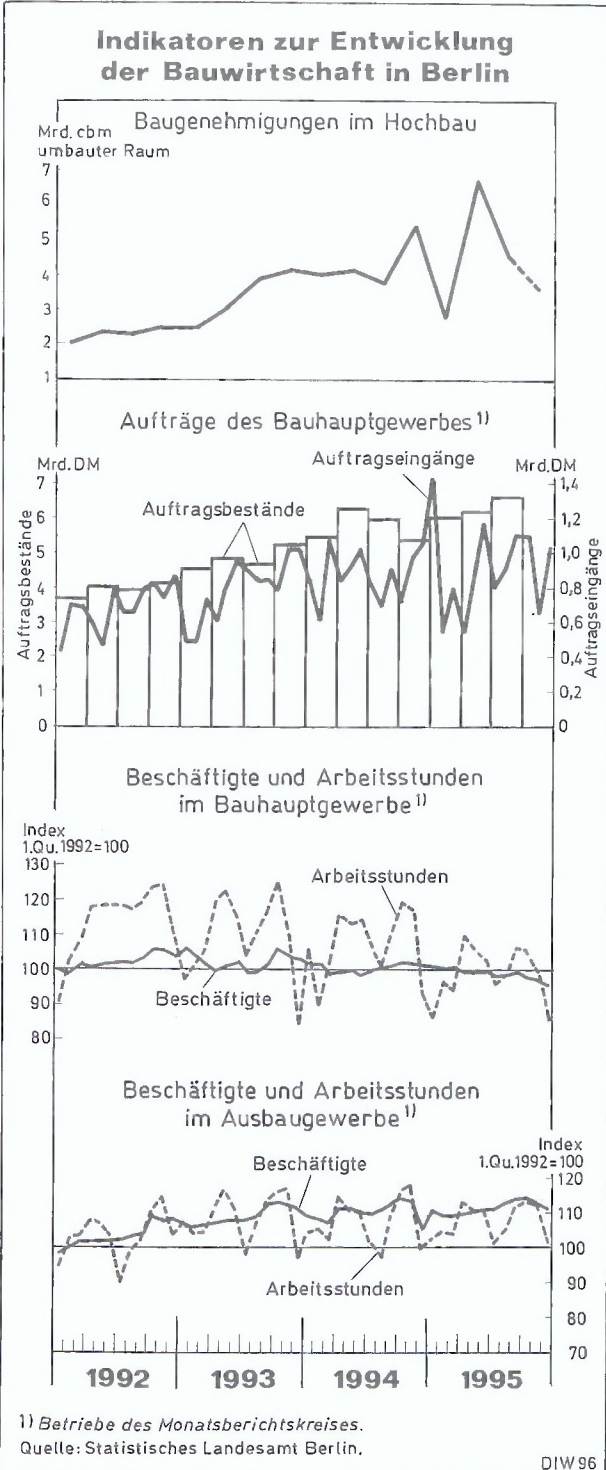
Arbeitsstunden im letzten Jahr stark gesunken. Dabei ist allerdings zwischen Bauhaupt- und Ausbaugewerbe zu differenzieren. Beim Berliner Ausbaugewerbe blieben Leistung (gemessen an den Arbeitsstunden) und Beschäftigung konstant. Diese Branche hängt in starkem Maße von kleinteiligen Aufträgen ab, bei deren Ausführung der Einsatz ausländischer Betriebe oftmals nicht rentabel ist. Viel stärker machen sich die ausländischen Betriebe dagegen in den Marktsegmenten des Berliner Bauhauptgewerbes bemerkbar. Vor allem bei den großen Baustellen kommen sie zum Zuge, da ihre Lohnkostenvorteile hier stark zu Buche schlagen.

Betriebe und „Schein-Selbständige“ aus dem Ausland werden von den Bauherren selbst, von Generalunternehmern und — im Rahmen von Unteraufträgen — offensichtlich auch immer stärker von den Berliner Bauunternehmen eingebunden. Anders ist nicht zu erklären, daß die heimischen Betriebe des Bauhauptgewerbes auch im letzten Jahr kräftige Auftragszuwächse verbuchen konnten, während ihre Produktion zurückging. Der verstärkte Einsatz von auswärtigen Subunternehmen durch in Berlin ansässige Baubetriebe spiegelt sich auch in deren Beschäftigungsentwicklung wider: Der Abbau von Personal betraf allein die Arbeiter, und dabei insbesondere die angelernten; die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten ist dagegen deutlich gestiegen. Zum Teil ist diese Entwicklung sicher auch auf eine Anpassung der Betriebe in den östlichen Stadtteilen Berlins an die im Westen übliche Beschäftigungsstruktur zurückzuführen, vor allem aber wohl auf eine Änderung des Tätigkeitsspektrums im Berliner Bauhauptgewerbe. Durch vermehrten Einsatz von auswärtigen Subunternehmen nehmen bei Berliner Unternehmen bauausführende Arbeiten ab; die bauvorbereitenden und -überwachenden Tätigkeiten dagegen wachsen an.

Die Bauproduktion wird in diesem Jahr in Berlin weiter steigen; auf dem erreichten hohen Niveau schwächen sich die Zuwachsraten aber ab. Der Auftragsentwicklung im Bauhauptgewerbe zufolge wird die Tiefbautätigkeit ausgeweitet. Auch der Wohnungsbau dürfte angesichts der 1995 gestiegenen Baugenehmigungen bis zum Ende des Jahres expandieren. Daß sich dieser Trend darüber hinaus fortsetzt, ist unwahrscheinlich, da das zusätzliche Angebot bei den freifinanzierten Mietwohnungen nur schwer abzusetzen ist und der öffentlich geförderte Wohnungsbau eingeschränkt wird. Auf dem Wohnungsmarkt hat sich die Lage in den letzten Jahren deutlich entspannt.

⁴ Über den Umfang der Bautätigkeit ausländischer Betriebe und — der Form nach — Selbständiger gibt es nur Schätzungen. Die Baugewerkschaft geht davon aus, daß sich die Zahl der Arbeitskräfte aus der Europäischen Union zu Saisonspitzenzeiten im letzten Jahr auf 30 000 bis 50 000 belief. Hinzu kamen 12 000 Vertragsarbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa, vornehmlich aus Polen. Deren Verträge werden allerdings inzwischen nicht mehr verlängert. Zum Vergleich: Zur gleichen Zeit zählte die Berliner Bauwirtschaft 90 000 Erwerbstätige, und 15 000 Bauarbeiter waren arbeitslos gemeldet.

Schaubild 2



Zunehmen dürfte im nächsten Jahr auch die Bautätigkeit für den Staat. Das signalisieren die Zuwächse bei der Erteilung von Baugenehmigungen für den Hochbau und die gute Auftragsentwicklung im Bereich des öffentlichen Tiefbaus. Die Landesregierung plant zwar, ihre Investitionen stark zu reduzieren; gleichwohl werden begonnene Bauvorhaben in der Regel fortgesetzt. Einschränkungen bei der Baunachfrage des Landes dürften durch eine Ausweitung der Bautätigkeit für andere öffentliche Bauherren mehr als wettgemacht werden.

Schwer einzuschätzen ist die Entwicklung des gewerblichen Hochbaus in diesem Jahr. Die Produktion hat hier immer noch ein sehr hohes Niveau. Mit einigen Großprojekten in zentraler Stadtlage ist erst begonnen worden, andere stehen noch vor dem Beginn. Auf mittlere Sicht ist aber angesichts des rasch gestiegenen Angebots an Bürogebäuden, die — insbesondere in wenig attraktiven Stadtlagen — immer schwerer zu vermieten sind, eine Abschwächung zu erwarten.

Handel und Dienstleistungen

Sinkende Realeinkommen und eine weitere Verschiebung in der räumlichen Angebotsstruktur haben im letzten Jahr die Entwicklung des Einzelhandels in Berlin bestimmt. Diese Faktoren hatten nach den wenigen verfügbaren Hinweisen im Westen Berlins erhebliche Einschränkungen bei Umsatz und Beschäftigung zur Folge. Der Handel mußte hier nicht nur einen nochmaligen Kaufkraftabfluß hin zu den neu eröffneten Läden, Großmärkten und Einkaufszentren in den östlichen Stadtteilen Berlins und im Berliner Umland hinnehmen, sondern wurde auch stark von den Einkommenseinbußen der privaten Haushalte getroffen. Die meisten Einkommensbezieher in Berlin hatten zu Beginn des letzten Jahres nicht nur die allgemeinen Steuer- und Abgabenerhöhungen zu verkraften, sondern auch noch die letzte Stufe des Abbaus der Lohnzulagen bzw. Steuerpräferenzen nach dem Berlinförderungsgesetz, die früher im Westteil Berlins gewährt wurden⁵.

In den östlichen Bezirken Berlins dürfte dagegen der Handel im vergangenen Jahr expandiert haben. Das Wachstum rührt sowohl von der Verbesserung des Angebotes an Einkaufsmöglichkeiten als auch von den deutlichen Einkommenszuwächsen her. Per Saldo konnten jedoch die Reallohnsteigerungen im Ostteil Berlins die Einbußen im Westteil nicht aufwiegen, so daß die Kaufkraft der privaten Haushalte in Berlin 1995 spürbar gesunken ist.

Dies dürfte 1996 anders werden. Zu erwarten ist, daß die Bruttolöhne und -gehälter angesichts der schwachen Konjunktur zwar nominal nur wenig steigen, ihr Anstieg wird aber stärker sein als der der Verbraucherpreise. Dieser war 1995 mit 1,7 vH im Westen Berlins so gering wie seit vielen Jahren nicht mehr; im Ostteil war er mit 1,9 vH kaum höher⁶. Trotz der zum Teil kräftigen Erhöhungen von Gebühren und Tarifen seitens des Staates und öffentlicher Unternehmen wird sich die Lebenshaltung 1996 kaum stärker verteuern als im vergangenen Jahr.

Steigen werden die Einkommen 1996 auch aufgrund von Änderungen im Steuerrecht (Freistellung des Existenzminimums von der Einkommensteuer). Durch diese Entlastung wachsen die Arbeitnehmerinkommen trotz gleichzeitiger Erhöhung der Sozialabgaben spürbar. Alles in allem dürfte sich 1996 der private Verbrauch etwas beleben. Für Einzelhandel und konsumnahe Dienstleistungszweige ergeben sich dadurch leichte Wachstumsimpulse.

Im Beherbergungsgewerbe — einem in Berlin durchaus gewichtigen Wirtschaftszweig — hat es bei der Zahl der Übernachtungen im letzten Jahr einen Zuwachs von reichlich 3 vH gegeben. Er ist allein auf die erhöhte Zahl inländischer Gäste zurückzuführen; die Zahl der ausländischen Besucher hat sich dagegen leicht vermindert. Die Erlöse der Unternehmen stiegen aber nicht in gleichem Maße wie die Übernachtungen, da die Zunahme der Übernachtungskapazitäten zu Preisnachlässen zwang. Die Kapazität wird in diesem Jahr weiter wachsen. Wie sich die Zahl der Übernachtungen entwickeln wird, ist ungewiß. Entscheidend ist, inwieweit Besucher durch besondere Ereignisse wie die Reichstagsverhüllung im vergangenen Jahr nach Berlin gezogen werden können.

Nicht zu quantifizieren, aber der Tendenz nach abzuschätzen, ist die Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleistungen. Sie dürften auch in diesem Jahr kräftig expandieren. Das zeigen sowohl die Planungen einiger Unternehmen als auch aktuelle Umfragen⁷.

Öffentlicher Sektor

In einer schwierigen Situation befindet sich der öffentliche Sektor. Die finanzielle Situation des Landes ist stark angespannt⁸. Zwar sind auch andere Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik mit großen Haushaltsdefiziten konfrontiert, aber an kaum einem anderen Ort ist die Neuverschuldung pro Kopf so hoch wie in Berlin. Der Stadt fließen zwar noch umfangreiche Mittel vom Bund und aus dem Länderfinanzausgleich zu; die Hilfen von außen sind aber längst nicht so hoch wie früher. Insgesamt reichen die Einnahmen bei weitem nicht mehr aus, um den hohen Finanz-

⁵ Von der Aufhebung der Lohnzulagen wurden zwei Drittel aller abhängig Beschäftigten in Berlin berührt — und zwar die allermeisten der im Westen Berlins, aber auch ein Viertel der im Ostteil wohnenden Arbeitnehmer. Die Einstellung der Steuerpräferenzen traf die Selbständigen in Westberlin.

⁶ Im Januar dieses Jahres waren die Verbraucherpreise aller privaten Haushalte im Westen Berlins sogar nur um 1,3 vH höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Im Osten Berlins waren sie allerdings um 2,8 vH höher; hier machte sich vor allem die Mieterhöhung von August letzten Jahres als Basiseffekt bemerkbar.

⁷ Vgl. IHK Berlin u.a.: Konjunkturreport 1995/96. Die konjunkturelle Lage im Herbst 1995 in der Region Berlin-Brandenburg und die Erwartungen für 1996. Zweiter gemeinsamer Report der Industrie- und Handelskammern Berlin und Brandenburg.

⁸ Vgl.: Riesige Fehlbeträge im Berliner Landeshaushalt — Bisherige Sparbemühungen reichen nicht aus. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/95.

bedarf zu decken. Die Stadt läuft Gefahr, infolge der großen jährlichen Haushaltsdefizite jeglichen politischen Handlungsspielraum zu verlieren. Daß die Ausgaben so hoch sind, liegt an einer Reihe Berliner Spezifika. Nirgendwo sonst treten die Anforderungen der deutschen Einheit so gebündelt zu Tage, mit der Folge eines enormen Drucks zur — kostenträchtigen — Angleichung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Ein ebenfalls gewichtiger Aspekt ist, daß zu Zeiten der Teilung im ehemaligen Westberlin mit finanzieller Hilfe des Bundes ein breiter öffentlicher Sektor unterhalten wurde, um die Lebensfähigkeit der Teilstadt zu sichern. Dabei kam das Angebot an staatlichen Dienstleistungen allerdings teilweise auch anderen Regionen zugute, so bei der Universitätsausbildung. Zu Buche schlug in Westberlin auch der starke Ausbau der öffentlichen Verwaltung. Die Lasten sind mit der Vereinigung noch gestiegen, denn in den östlichen Bezirken wurde ein vergleichsweise hoher Personalstand in den Dienst des Landes bzw. der Stadtbezirke übernommen. Ostberlin verfügte nämlich ebenfalls über eine ausgeprägte Verwaltung und viele öffentliche Einrichtungen.

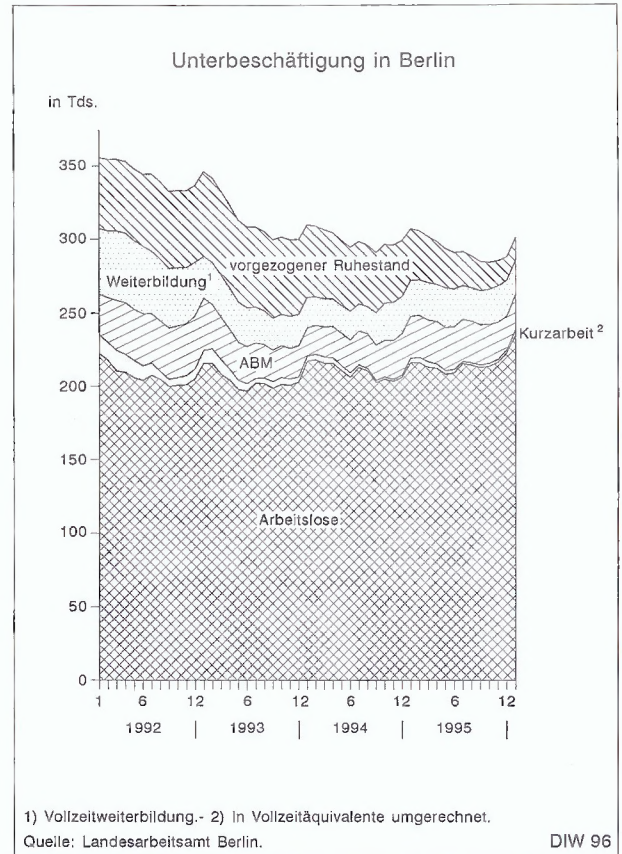
In den letzten Jahren wurde in Berlin zwar Personal abgebaut, doch nicht in dem Maße, wie es angesichts der prekären Haushaltsentwicklung nötig gewesen wäre. Um so einschneidender müssen die jetzt zu ergreifenden Konsolidierungsmaßnahmen sein. Auf die Entwicklung des Sozialprodukts und der Beschäftigung wirkt sich das dämpfend aus.

Arbeitsmarkt

Auch im letzten Jahr blieb die Arbeitsmarktlage in Berlin stark angespannt. Ende 1995 gab es 220 000 registrierte Arbeitslose; das waren 17 000 mehr als zwölf Monate zuvor. Die Arbeitslosenquote stieg damit auf knapp 13 vH⁹; in den alten Bundesländern waren es reichlich 8 vH, in den neuen rund 14 vH. Die Unterbeschäftigung insgesamt läßt sich freilich nur skizzieren, wenn auch die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen berücksichtigt werden. Das waren am Jahresende 63 000 und damit 28 000 weniger als zwölf Monate zuvor. Sehr stark zurückgegangen ist dabei die Zahl der Empfänger von Vorruhestandsbezügen (um 22 000) und die der Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (um 5 000)¹⁰. Insgesamt ergibt sich eine Abnahme der von den Arbeitsämtern erfaßten Unterbeschäftigung.

Das heißt aber nicht, daß die Beschäftigung zugenommen hätte. Im Westen Berlins hat es 1995 vielmehr einen erheblichen Abbau an Arbeitsplätzen gegeben: Ende 1995 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen hier um etwa 15 000 oder 1,5 vH niedriger gewesen sein als am Jahresanfang. Grundlage dieser Schätzung ist die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Sie zeigt sogar einen noch stärkeren Rückgang an. Ein Teil der Erwerbstätigen, insbesondere Beamte und Selbständige, wird allerdings von dieser Statistik nicht erfaßt. Die Zahl der Beamten dürfte 1995 in Westberlin — nicht zuletzt durch die Verle-

Schaubild 3



gung von Dienststellen in den Osten Berlins — abgenommen haben. Gestiegen dürfte dagegen die Zahl der Selbständigen sein. Dafür spricht, daß auch im letzten Jahr der Dienstleistungssektor im Westen Berlins deutlich expandiert hat. In diesem Wirtschaftsbereich ist der Anteil der Selbständigen hoch.

In den östlichen Bezirken dürfte dagegen die Erwerbstätigkeit im Verlauf des Jahres 1995 um 5 000 bis 10 000 Personen zugenommen haben. Dabei stagnierte in etwa die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen. Die der nicht Sozialversicherungspflichtigen erhöhte sich aber deutlich. Zum einen ist die Zahl der Beamten sowohl durch die einsetzende Verbeamtungswelle als auch durch „Importüberschuß“ im Austausch mit dem Westen Berlins und mit anderen Regionen gestiegen. Zum anderen ist — allerdings nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor — die Zahl der Selbständigen gewachsen.

Alles in allem hat die Zahl der Arbeitsplätze in Berlin 1995 wohl um mehr als 5 000 abgenommen. Daß sich dies nicht in einer wachsenden Unterbeschäftigung in der Stadt niedergeschlagen hat, liegt vor allem daran, daß die Zahl der

⁹ Arbeitslose in vH aller zivilen Erwerbspersonen. Bezogen auf die Zahl der *abhängigen* zivilen Erwerbspersonen ergibt sich eine Quote von 14 vH.

¹⁰ Einschließlich Beschäftigte in Maßnahmen nach § 249h und § 242s AFG.

Auspendler aus Berlin, die in den neuen Betrieben im Umland einen Arbeitsplatz gefunden haben, erheblich gestiegen ist. Zwar gab es auch mehr Einpendler; bei ihnen handelt es sich aber größtenteils um Erwerbstätige, die früher in Berlin wohnten, ins Umland zogen und nun von dort zu ihrem angestammten Arbeitsplatz in der Stadt fahren. Durch sie ist kein zusätzlicher Druck auf den Arbeitsmarkt entstanden. Belastend für den Arbeitsmarkt war dagegen, daß 1995 geburtenstarke Jahrgänge ins erwerbsfähige Alter kamen. Nur unter großen Anstrengungen gelang ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt. Diesen zu erreichen ist auch 1996 eine wichtige Aufgabe.

Für dieses Jahr ist zu erwarten, daß sich in den westlichen Bezirken Berlins das Tempo des Arbeitsplatzabbaus abschwächen wird. In den östlichen Bezirken wird die Beschäftigung nochmals zunehmen, wenn auch nur wenig. Insgesamt dürfte der Beschäftigungsrückgang in Berlin in der zweiten Jahreshälfte zum Stillstand kommen. Daß dann die Arbeitslosigkeit sinkt, ist aber nicht zu erwarten, da die Entlastungseffekte durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wiederum zurückgehen werden.

Fazit

Die Berliner Wirtschaft ist nach wie vor einem raschen und tiefgreifenden Strukturwandel ausgesetzt. Die veränderten Rahmenbedingungen nach dem Fall der Mauer hatten auf der einen Seite hohe Bauinvestitionen und eine kräftige Expansion im Dienstleistungssektor zur Folge; andererseits brachten sie große Teile der Wirtschaft unter enormen Anpassungsdruck. Die Verschiebung zugunsten von Dienstleistungsaktivitäten wird sich fortsetzen. In den großen Städten der wirtschaftlich hochentwickelten Staaten liegt der Beschäftigtenanteil der Industrie fast durchweg nur noch zwischen 10 und 15 vH; etwa zwei Drittel der Arbeitsplätze entfallen auf den Bereich privater Dienstleistungen (einschließlich Handel und Verkehr).

Berlin befindet sich gegenwärtig in einer Phase seiner wirtschaftlichen Entwicklung, in der vor allem die negativen Seiten des erforderlichen Strukturwandels zu spüren sind. Dies wird sich in den kommenden Jahren ändern. Mehr und mehr wird sichtbar, wie sich die innerstädtische Infrastrukturausstattung, die überregionale Verkehrsanbindung und das Erscheinungsbild der Stadt verbessern. Schließlich werden von dem Umzug von Bundesregierung und Bundestag kräftige Wachstumsimpulse ausgehen. Die mittelfristigen Perspektiven der Berliner Wirtschaft sind also günstiger. Freilich wird es auch nach dem Jahr 2000 noch etliche Zeit dauern, bis die Stadt im überregionalen wirtschaftlichen Austausch eine ihrer Bevölkerungs-zahl entsprechende Rolle spielt.

Die aktuelle Situation dagegen ist eher düster. Nach überschlägiger Rechnung ist zu erwarten, daß Berlin 1996 das ohnehin schwache Wachstum der gesamten Volkswirtschaft (1 vH) allenfalls knapp erreichen wird. Der hohe

Sockel an Arbeitslosen nimmt weiter zu. Es ist zu befürchten, daß die Arbeitslosenquote in Berlin 1996 auf rund 14 vH steigt.

An dieser Situation kann der Senat kurzfristig nichts Grundlegendes ändern. Im Vergleich zur Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik auf nationaler Ebene sind die wirtschaftspolitischen Steuerungsmöglichkeiten eines einzelnen — und zudem kleinen — Bundeslandes eher gering.

Vor sehr großen Aufgaben steht die Landesregierung indes im Hinblick auf die Gestaltung der Bedingungen für künftiges Wirtschaftswachstum. Vorrangig ist dabei die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Will das Land Berlin nicht seine finanzielle Handlungsfähigkeit völlig verlieren, muß es die laufenden Haushaltsdefizite drastisch reduzieren. Da vor dem Hintergrund des interregionalen Standortwettbewerbs die Möglichkeiten der Einnahmenerhöhung durch Anhebung von Steuer- und Gebührensätzen mit den bereits gefaßten Beschlüssen ausgeschöpft sind, läßt sich die weitere Haushaltskonsolidierung nur über die Senkung der Ausgaben erreichen. Dabei muß vermieden werden, daß Kürzungen vor allem dort vorgenommen werden, wo sie am leichtesten durchzusetzen sind. Als Maßlatte sollte vielmehr die Bedeutung der einzelnen Ausgaben für die künftige wirtschaftliche Entwicklung der Stadt dienen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Haushaltskonsolidierung nicht möglich sein wird ohne eine deutliche Senkung der Personalausgaben. Im Rahmen der anstehenden Verwaltungs- und Bezirksreform, die auf den Umbau der Landes- und Bezirksbehörden in Richtung „Dienstleistungsunternehmen“ auszurichten ist, muß der Personalstand in den öffentlichen Verwaltungen Berlins stark verringert werden. Daß sich die Politik hier — zumal in der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation — sehr schwer tut, ist zwar völlig verständlich. Bei allen Entscheidungen sollten aber die Opportunitätskosten unterlassenen Handelns sehr erst genommen werden. Versäumnisse bei der Reduzierung der Personalaufwendungen gehen in der jetzigen finanziellen Situation Berlins voll zu Lasten von Investitionen (Infrastruktur und Humankapital) und von anderen Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Stadt. Der Wettbewerb mit anderen Regionen trägt immer mehr internationale Züge und wird dadurch härter. Positionsverluste hier bedeuten weniger Wachstum und weniger Arbeitsplätze in der Zukunft. Diese Zusammenhänge sollten bedacht werden, wenn über Einsparungen im Landeshaushalt diskutiert wird. Vor diesem Hintergrund ist auch die vorgezogene Angleichung der Tarife für Ostberlin an das Westniveau bedenklich.

Neben den Personalausgaben ist die Förderung des Wohnungsbaus ein erheblicher Posten im Budget des Landes. Da sich in den letzten Jahren die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt weitgehend entspannt hat und für die nächsten Jahre keine neuerliche Anspannung zu erwarten ist, bieten sich bei der Wohnungsbauförderung größere Einsparpotentiale an. Bei den geplanten Kürzungen sollte

der Senat den in der letzten Legislaturperiode verfolgten Weg zur Umstrukturierung der Förderung fortsetzen. Es wäre sogar zu prüfen, ob nicht für einige Jahre vollends auf den sehr subventionsintensiven Mietwohnungsbau nach dem sogenannten „ersten Förderungsweg“ verzichtet werden kann. Engpässe auf der Angebotsseite dürften dadurch kaum entstehen; um einkommensschwache Gruppen mit Wohnungen zu versorgen, dürften derzeit die herkömmlichen Instrumente wie Wohngeld und Belegungsrechte ausreichen.

Geringer als die Aufwendungen des Landes für die Wohnungsbauförderung sind diejenigen für die Wirtschaftsförderung¹¹; gleichwohl sind angesichts der schwierigen Haushaltslage auch hier Ausgabenkürzungen unumgänglich. Wie bei anderen staatlichen Aufgaben ist auch bei der Wirtschaftsförderung eine Skalierung nach ihrer Relevanz für künftiges Wirtschaftswachstum vorzunehmen. Nach diesem Maßstab kann am ehesten auf die Förderung solcher Aktivitäten verzichtet werden, die im wesentlichen nur auf den regionalen Markt ausgerichtet sind. Durch deren Subventionierung mag zwar ein größerer Wettbewerb in der Region entstehen, zusätzliche Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätze stellen sich aber nur sehr begrenzt ein. Anders zu bewerten ist dagegen die Förderung von Unternehmen, die im überregionalen Wettbewerb stehen. Die Basis für die Ausfuhr von Gütern in andere Regionen ist in Berlin schwach. Es wird aber im wesentlichen nur durch ihre Verbreiterung möglich sein, das Einkommensniveau und die Wirtschaftskraft in der Region nachhaltig zu erhöhen. Hier sollte bei der Förderung am wenigsten gespart werden.

Insgesamt sollte das Förderinstrumentarium auf wenige Maßnahmen konzentriert werden. Dadurch würden auch die angekündigten Bemühungen der Landesregierung unterstützt, die Förderpraxis zu entbürokratisieren. Die Reduzierung der Subventionen auf weniger Instrumente kann aber nicht allein Aufgabe des Landes sein. Sie erfordert die in einem föderativen Staatsaufbau schwierige Abstimmung mit dem Bund, anderen an der Förderung beteiligten Institutionen, den Ländern und insbesondere mit dem Land Brandenburg, mit dem die Förderung Berlins ohnehin nun stärker koordiniert werden soll.

Von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins und Brandenburgs wird auch sein, wie die Frage der Ländervereinigung entschieden wird. Neben beträchtlichen Einsparungen von Personal in Behörden und anderen staatlichen Einrichtungen¹² böte sich im

Zuge der Verschmelzung der beiden Länder die beste Chance, einen schlanken und effizienten öffentlichen Sektor in der Region auf den Weg zu bringen.

Die positiven wirtschaftlichen Effekte einer Fusion sind aber nicht auf den Bereich staatlicher Verwaltung beschränkt. Durch einheitliche Planung und Durchführung von Infrastrukturinvestitionen lassen sich in erheblichem Umfang Kosten einsparen. Die Wirtschaftsförderung sowie die gesamte Außendarstellung der Region und ihrer Teilräume ließen sich gemeinsam billiger und vor allem wirksamer gestalten. Ein sehr wichtiger Aspekt ist darüber hinaus, daß die Ziele der Raumordnung und Regionalplanung in einem einheitlichen Land deutlich größere Chancen auf Realisierung hätten als unter den Bedingungen der Länderkonkurrenz. Diese Felder sollten nicht als Aufgabengebiete von Planern und Verwaltungsbeamten allein abgetan werden. Die ausgewogene Entwicklung der gesamten Region Berlin-Brandenburg, die Vermeidung von Landschaftszersiedlung, die Bewahrung von Naturräumen, die Eindämmung des Verkehrsaufkommens durch sinnvolle Anordnung von Gewerbe und Wohnen sowie die möglichst umweltschonende Bewältigung des verbleibenden Verkehrs sind vielmehr Ziele, die sehr viel mit Lebensqualität und Standortattraktivität zu tun haben. Die Konkurrenzfähigkeit von Ballungsräumen hängt in hohem Maße auch davon ab, wie sie ihre Verkehrs- und Umweltprobleme lösen.

Diese Vorteile werden auch von vielen Akteuren in anderen Regionen, in denen eine Länderneugliederung nahe liegt, gesehen. Veränderungen sind dort aber bisher stets an kurzfristig orientiertem Besitzstandsdenken gescheitert. Berlin und Brandenburg haben jetzt die — einmalige — Chance, einen Modellfall zu schaffen. Zweifellos würden sich die positiven Effekte erst im Laufe der Jahre einstellen. Die beiden Länder würden mit der Fusion aber auf sehr überzeugende Weise deutlich machen, daß sie nicht nur in der Lage sind, Unterstützung von außen einzuklagen, sondern auch alles tun, um die eigenen Entwicklungspotentiale zu mobilisieren. Dieser ganz kurzfristig eintretende „Imagegewinn“ sollte nicht unterschätzt werden.

¹¹ Die allein vom Land zu finanzierenden Subventionen belaufen sich nach Auskunft des Senats brutto auf 70 Mill. DM; die Aufwendungen des Landes für die von ihm kofinanzierten Förderprogramme sind etwa dreimal so hoch.

¹² Vgl. Länderfusion begünstigt Entwicklung. Bearb.: Kurt Gepert, Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 10/95.

Löhne und Gehälter in Ost- und Westdeutschland gleichen sich an, Lohnstückkosten jedoch nicht

Die Öffnung der innerdeutschen Grenze im November 1989, die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten zur Mitte des darauf folgenden Jahres sowie der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1990 haben die Lebensverhältnisse in unserem Land nachhaltig beeinflußt. Der ostdeutsche Rückstand bei Löhnen und Gehältern, beim verfügbaren Einkommen und beim Verbrauch ist in fünf Jahren deutscher Einheit deutlich geschrumpft. Trotz starker Preissteigerungen konnten die Einwohner der neuen Bundesländer eine beachtliche Realeinkommenszunahme verbuchen.

Löhne und Gehälter sind aber nicht nur Einkommen, sondern auch Kosten. Die Lohnstückkosten — Arbeitskosten je Werteinheit des realen gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses — liegen in den neuen Ländern weit über denen im alten Bundesgebiet. Demgegenüber bleibt die ostdeutsche Arbeitsproduktivität noch immer beträchtlich hinter der in Westdeutschland zurück. Dieser Bericht ergänzt Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)¹ um Daten, die auf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)² des Statistischen Bundesamtes beruhen.

Bevölkerung und Erwerbsbeteiligung

Die Bevölkerungszahl im alten Bundesgebiet ist von Mitte 1990 bis Mitte 1995 — überwiegend durch den Zuzug von Übersiedlern, Aussiedlern und Asylbewerbern — um nahezu 3 Mill. gestiegen (Tabelle 1). Übersiedlungswilligen DDR-Bürgern hatten sich schon im Vorfeld des Einigungsprozesses unerwartete Konstellationen eröffnet — zuerst durch die Ausreisemöglichkeiten über Ungarn und die Tschechoslowakei, dann durch die Öffnung der innerdeutschen Grenze. Nach der deutschen Vereinigung hielt die Bevölkerungswanderung von Ost- nach Westdeutschland an. In den letzten Jahren hat sie sich allerdings kontinuierlich verringert. West-Ostwanderungen dagegen nahmen an Bedeutung zu. Der Zustrom von Ausländern hat aufgrund der Änderung des Asylrechts stark an Dynamik verloren.

In Ostdeutschland ist die Einwohnerzahl in den letzten Jahren um reichlich eine halbe Million geschrumpft. Zur Wanderung von Ost- nach Westdeutschland trat hier der exorbitant starke Rückgang der Geburten in den ersten Jahren der deutschen Einheit hinzu. Erst in jüngster Zeit gab es Anzeichen für eine Tendenzwende; im ersten Halbjahr 1995 kamen in Ostdeutschland mehr Kinder zur Welt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Erwerbsbeteiligung der westdeutschen Bevölkerung ist in der Berichtszeit nur leicht gesunken. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer hat seit Ende 1992 tendenziell ab-, die der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen hingegen über den gesamten Berichtszeitraum zugenommen. Von Arbeitslosigkeit betroffen waren in Westdeutschland 1995 erheblich mehr Personen als fünf Jahre davor.

Im neuen Bundesgebiet hat die Erwerbsbeteiligung in den ersten Jahren der Einheit drastisch abgenommen; im Zuge des ökonomischen Umstrukturierungsprozesses

gingen sehr viele Arbeitsplätze verloren. Seit einiger Zeit steigt die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in Ostdeutschland jedoch wieder. Rund 300 000 Bewohner der neuen Länder „pendeln“ zur Arbeit ins alte Bundesgebiet.

Die Zahl der Selbständigen in den neuen Ländern hat sich seit der Vereinigung fast verdoppelt, die der Freiberufler expandierte besonders stark. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland wurde im Zuge des kräftigen Wachstums im Jahr 1994 vorübergehend vermindert, seit Herbst 1995 steigt sie aber wieder.

Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes belief sich das durchschnittliche Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit — es schließt die Sozialbeiträge der Arbeitgeber ein — im dritten Quartal 1990 in Westdeutschland auf monatlich 4 231 DM und in Ostdeutschland auf 1 466 DM; der ostdeutsche Arbeitnehmer bezog damit 35 vH des Einkommens seines westdeutschen Kollegen (Tabelle 2). Bei den durchschnittlichen Nettolöhnen und -gehältern war die ostdeutsche Position mit 41 vH des westdeutschen Vergleichswertes etwas günstiger. Aufgrund des geringeren Einkommensniveaus blieben zwar vergleichsweise viele ostdeutsche Arbeitnehmer mit ihren Einkünften unterhalb der Beitragsbemessungsgrenzen in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung und wurden deshalb mit den vollen Beitragssätzen belastet, sie zahlten aber wesentlich weniger an Lohnsteuer als ihre westdeutschen Kollegen.

¹ Ostdeutschland fünf Jahre nach der Einheit: Rückgang der Erwerbsbeteiligung scheint gestoppt, Einkommen gleichen sich weiter an, Armut stagniert. Bearb.: Peter Krause. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/1995, S. 863 ff.

² Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen 1994, Hauptbericht.

Tabelle 1

Einwohner, Erwerbstätige¹⁾ und Arbeitslose

Vierteljahr	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost				
	Einwohner	Erwerbstätige			Arbeitslose	Einwohner	Erwerbstätige			Arbeitslose
		Beschäftigte Arbeit- nehmer	Selbständige und mithelfende Familien- angehörige	Zusammen			Beschäftigte Arbeit- nehmer	Selbständige und mithelfende Familien- angehörige	Zusammen	
in 1 000 Personen										
1990 3. Vj.	63 400	25 579	3 032	28 611	1 815	16 111	8 413	272	8 685	309
4. Vj.	63 653	25 803	3 038	28 841	1 710	16 066	7 929	304	8 233	556
1991 1. Vj.	63 788	25 659	3 040	28 699	1 833	16 000	7 636	341	7 977	756
2. Vj.	63 938	25 862	3 054	28 916	1 639	15 944	7 343	369	7 712	835
3. Vj.	64 160	25 980	3 057	29 037	1 656	15 881	7 050	383	7 433	1 023
4. Vj.	64 411	26 180	3 061	29 241	1 629	15 815	6 846	391	7 237	1 037
1992 1. Vj.	64 552	25 990	3 064	29 054	1 829	15 772	6 416	399	6 815	1 254
2. Vj.	64 723	26 064	3 072	29 136	1 731	15 738	6 348	413	6 761	1 172
3. Vj.	64 977	26 105	3 068	29 173	1 800	15 712	6 262	426	6 688	1 158
4. Vj.	65 210	26 105	3 064	29 169	1 873	15 697	6 202	434	6 636	1 097
1993 1. Vj.	65 350	25 658	3 064	28 722	2 223	15 678	6 049	442	6 491	1 165
2. Vj.	65 469	25 614	3 074	28 688	2 180	15 662	6 047	456	6 503	1 112
3. Vj.	65 603	25 592	3 073	28 665	2 289	15 638	6 087	471	6 558	1 157
4. Vj.	65 707	25 572	3 073	28 645	2 389	15 613	6 101	479	6 580	1 162
1994 1. Vj.	65 758	25 181	3 077	28 258	2 685	15 593	6 012	486	6 498	1 271
2. Vj.	65 809	25 207	3 091	28 298	2 552	15 575	6 062	498	6 560	1 188
3. Vj.	65 873	25 241	3 088	28 329	2 522	15 556	6 191	508	6 699	1 107
4. Vj.	65 964	25 323	3 088	28 411	2 465	15 542	6 243	516	6 759	1 003
1995 1. Vj.	66 032	24 923	3 091	28 014	2 681	15 527	6 144	523	6 667	1 084
2. Vj.	66 100	24 970	3 105	28 075	2 521	15 512	6 193	535	6 728	1 023
Veränderung in vH gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres										
1991 3. Vj.	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,5	- 8,8	- 1,4	- 16,2	+ 40,8	- 14,4	+ 231,1
4. Vj.	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,4	- 4,7	- 1,6	- 13,7	+ 28,6	- 12,1	+ 86,5
1992 1. Vj.	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,2	- 0,2	- 1,4	- 16,0	+ 17,0	- 14,6	+ 65,9
2. Vj.	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 5,6	- 1,3	- 13,6	+ 11,9	- 12,3	+ 40,4
3. Vj.	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 8,7	- 1,1	- 11,2	+ 11,2	- 10,0	+ 13,2
4. Vj.	+ 1,2	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 15,0	- 0,7	- 9,4	+ 11,0	- 8,3	+ 5,8
1993 1. Vj.	+ 1,2	- 1,3	0,0	- 1,1	+ 21,5	- 0,6	- 5,7	+ 10,8	- 4,8	- 7,1
2. Vj.	+ 1,2	- 1,7	+ 0,1	- 1,5	+ 25,9	- 0,5	- 4,7	+ 10,4	- 3,8	- 5,1
3. Vj.	+ 1,0	- 2,0	+ 0,2	- 1,7	+ 27,2	- 0,5	- 2,8	+ 10,6	- 1,9	- 0,1
4. Vj.	+ 0,8	- 2,0	+ 0,3	- 1,8	+ 27,5	- 0,5	- 1,6	+ 10,4	- 0,8	+ 5,9
1994 1. Vj.	+ 0,6	- 1,9	+ 0,4	- 1,6	+ 20,8	- 0,5	- 0,6	+ 10,0	+ 0,1	+ 9,1
2. Vj.	+ 0,5	- 1,6	+ 0,6	- 1,4	+ 17,1	- 0,6	+ 0,2	+ 9,2	+ 0,9	+ 6,8
3. Vj.	+ 0,4	- 1,4	+ 0,5	- 1,2	+ 10,2	- 0,5	+ 1,7	+ 7,9	+ 2,2	- 4,3
4. Vj.	+ 0,4	- 1,0	+ 0,5	- 0,8	+ 3,2	- 0,5	+ 2,3	+ 7,7	+ 2,7	- 13,7
1995 1. Vj.	+ 0,4	- 1,0	+ 0,5	- 0,9	- 0,1	- 0,4	+ 2,2	+ 7,6	+ 2,6	- 14,7
2. Vj.	+ 0,4	- 0,9	+ 0,5	- 0,8	- 1,2	- 0,4	+ 2,2	+ 7,4	+ 2,6	- 13,9

¹⁾ Erwerbstätige Inländer.

Quellen: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen 1994 Hauptbericht; Berechnungen des DIW.

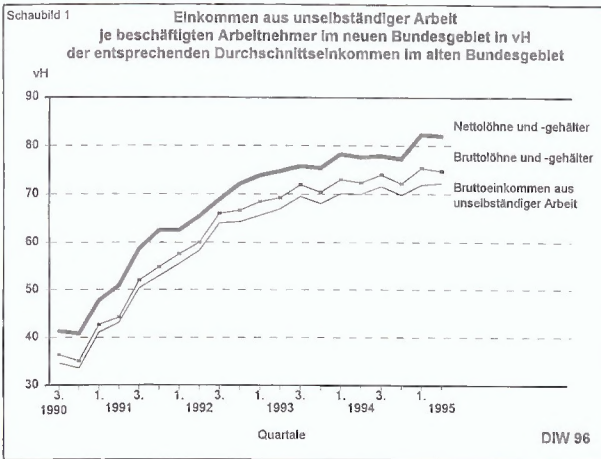
Tabelle 2

Einkommen aus unselbständiger Arbeit¹⁾ je beschäftigten Arbeitnehmer

Vierteljahr		Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
		Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bruttolohn- und -gehaltsumme	Nettolohn- und -gehaltsumme	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bruttolohn- und -gehaltsumme	Nettolohn- und -gehaltsumme
in DM je Monat							
1990	3. Vj.	4 231	3 445	2 431	1 466	1 253	1 004
	4. Vj.	4 876	3 966	2 695	1 639	1 391	1 098
1991	1. Vj.	4 081	3 314	2 323	1 677	1 415	1 108
	2. Vj.	4 450	3 599	2 412	1 922	1 593	1 228
	3. Vj.	4 516	3 673	2 501	2 273	1 909	1 464
	4. Vj.	5 180	4 212	2 750	2 739	2 308	1 717
1992	1. Vj.	4 364	3 529	2 380	2 424	2 032	1 487
	2. Vj.	4 610	3 737	2 450	2 684	2 239	1 602
	3. Vj.	4 840	3 934	2 675	3 097	2 597	1 841
	4. Vj.	5 492	4 453	2 926	3 531	2 967	2 107
1993	1. Vj.	4 528	3 670	2 478	2 974	2 512	1 831
	2. Vj.	4 768	3 865	2 554	3 191	2 676	1 909
	3. Vj.	4 906	3 994	2 723	3 413	2 874	2 063
	4. Vj.	5 637	4 576	2 989	3 835	3 220	2 252
1994	1. Vj.	4 714	3 792	2 521	3 305	2 769	1 972
	2. Vj.	4 870	3 916	2 545	3 409	2 834	1 975
	3. Vj.	5 013	4 045	2 705	3 589	2 995	2 107
	4. Vj.	5 793	4 665	2 959	4 045	3 367	2 286
1995	1. Vj.	4 845	3 891	2 529	3 483	2 933	2 080
	2. Vj.	5 042	4 052	2 540	3 641	3 029	2 082
Veränderung in vH gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres							
1991	3. Vj.	+6,7	+6,6	+2,9	+55,0	+52,4	+45,9
	4. Vj.	+6,2	+6,2	+2,0	+67,0	+65,9	+56,4
1992	1. Vj.	+6,9	+6,5	+2,5	+44,6	+43,6	+34,1
	2. Vj.	+3,6	+3,8	+1,6	+39,7	+40,6	+30,4
	3. Vj.	+7,2	+7,1	+7,0	+36,2	+36,0	+25,7
	4. Vj.	+6,0	+5,7	+6,4	+28,9	+28,6	+22,7
1993	1. Vj.	+3,7	+4,0	+4,1	+22,7	+23,6	+23,2
	2. Vj.	+3,4	+3,4	+4,2	+18,9	+19,5	+19,1
	3. Vj.	+1,4	+1,5	+1,8	+10,2	+10,7	+12,1
	4. Vj.	+2,6	+2,8	+2,2	+8,6	+8,5	+6,9
1994	1. Vj.	+4,1	+3,3	+1,7	+11,2	+10,2	+7,7
	2. Vj.	+2,1	+1,3	-0,4	+6,9	+5,9	+3,5
	3. Vj.	+2,2	+1,3	-0,7	+5,1	+4,2	+2,1
	4. Vj.	+2,8	+1,9	-1,0	+5,5	+4,6	+1,5
1995	1. Vj.	+2,8	+2,6	+0,3	+5,4	+5,9	+5,5
	2. Vj.	+3,5	+3,5	-0,2	+6,8	+6,9	+5,4

¹⁾ Im Inland entstandene Einkommen.

Quellen: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen 1994 Hauptbericht; Berechnungen des DIW.



In den ersten Jahren der deutschen Einheit nahmen die Einkommen der Arbeitnehmer in den neuen Ländern kräftig zu. Für eine Reihe von ostdeutschen Industriezweigen hatten die Tarifparteien bis 1994 die stufenweise Heranführung der Tariflöhne an das westdeutsche Niveau vereinbart. Zwar ist es bis heute nicht zu einer völligen Angleichung gekommen, doch hat sich die Einkommensposition der ostdeutschen Arbeitnehmer kontinuierlich verbessert (Schaubild 1). Bis zur Jahresmitte 1995 sind das durchschnittliche Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit auf monatlich 3 641 DM (72 vH des westdeutschen Vergleichsbetrages), die durchschnittliche Nettolohn- und -gehaltssumme auf 2 082 DM (82 vH des westdeutschen Vergleichsbetrages) gestiegen. Hinter den Durchschnittswerten verbirgt sich allerdings eine beträchtliche Streuung.

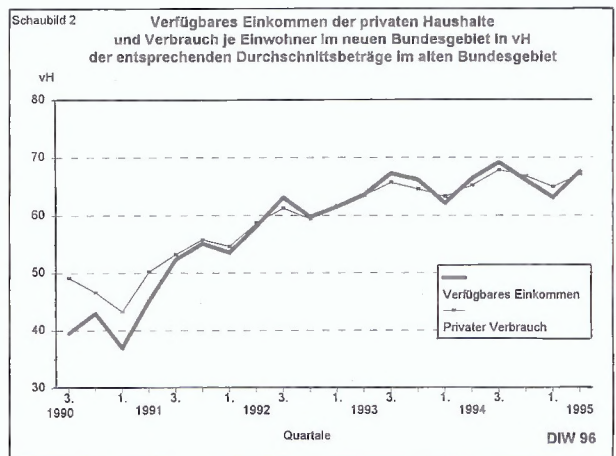
Auch in der nächsten Zeit wird die Einkommensentwicklung in Ostdeutschland günstiger verlaufen als im alten Bundesgebiet. Dennoch wird es immer noch einige Jahre dauern, bis sich die Einkommensverhältnisse in Ost und West angeglichen haben werden. Regionale Unterschiede dürften bestehen bleiben. So wie das durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen in Niedersachsen niedriger ist als in Hamburg und in Hessen, wird das Einkommensniveau in Mecklenburg-Vorpommern wohl auch künftig hinter dem in west- und ostdeutschen „Hochlohnländern“ zurückbleiben.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Neben Einkommen aus unselbständiger Arbeit beziehen die privaten Haushalte Einkommen aus Unternehmens-tätigkeit und Vermögen sowie Transfereinkommen wie Renten, Pensionen, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Wohn- und Kindergeld. Nach Abzug der zu leistenden Abgaben resultiert das für Verbrauch und Ersparnis der Haushalte zur Verfügung stehende Einkommen. Dieses ist als Indikator für die materielle Lage der Haushalte besser geeignet als das Arbeitseinkommen. Denn nicht selten beziehen Arbeitnehmer Einkünfte aus mehreren Quellen.

Das verfügbare Einkommen je Einwohner belief sich im dritten Quartal 1990 auf monatlich 1 944 DM (Westdeutschland) und auf 768 DM (Ostdeutschland); eine Person in den neuen Ländern konnte somit über 40 vH des westdeutschen Vergleichsbetrages disponieren (Tabelle 3). Die ostdeutschen Durchschnittsausgaben für den privaten Verbrauch machten damals 49 vH des entsprechenden Vergleichswertes aus. Um ihre Konsumausgaben zu finanzieren, hatten die ostdeutschen Haushalte kräftig entspart, danach näherte sich die Sparquote in den neuen Ländern schnell der in Westdeutschland an, ging mitunter auch über diese hinaus.

Auch die Entwicklung des verfügbaren Einkommens läßt erkennen, daß sich die materielle Situation der ostdeutschen Bevölkerung seit der Vereinigung im Durchschnitt deutlich verbessert hat (Schaubild 2). Eine beachtliche Einkommenszunahme konnten nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Rentner verbuchen: Mit einer Durchschnittsrente von monatlich 1 746 DM haben die ostdeutschen Rentner den entsprechenden westdeutschen Betrag (1 796 DM) inzwischen fast erreicht; die Durchschnittsrente der ostdeutschen Rentnerinnen (1 076 DM) liegt aufgrund vergleichsweise langer Versicherungszeiten heute über der in Westdeutschland (796 DM). Die zahlreichen Arbeitnehmer allerdings, die ihren Arbeitsplatz verloren und keinen neuen fanden, mußten empfindliche Einkommenseinbußen hinnehmen.



Bis zur Jahresmitte 1995 sind das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Ostdeutschland auf monatlich 1 587 DM (68 vH des westdeutschen Vergleichsbetrages), die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben auf 1 419 DM (67 vH des westdeutschen Vergleichsbetrages) und die durchschnittliche Ersparnis auf 168 DM (72 vH des westdeutschen Vergleichsbetrages) gestiegen. Damit zählt „die Entwicklung von Einkommen und Konsum zu den positiven Seiten des bisherigen Transformationsprozesses in Ostdeutschland“³.

³ Ingrid Kurz-Scherf und Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialreport 1994. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin 1994, S. 151.

Tabelle 3

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung je Einwohner

Vierteljahr		Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
		Verfügbares Einkommen	Privater Verbrauch	Ersparnis	Verfügbares Einkommen	Privater Verbrauch	Ersparnis
in DM je Monat							
1990	3. Vj.	1 944	1 716	228	768	844	−76
	4. Vj.	2 220	1 881	339	954	877	77
1991	1. Vj.	2 140	1 814	326	791	785	6
	2. Vj.	2 118	1 861	257	954	935	19
	3. Vj.	2 072	1 842	230	1 084	981	103
	4. Vj.	2 352	2 009	343	1 295	1 120	175
1992	1. Vj.	2 215	1 897	318	1 186	1 036	150
	2. Vj.	2 176	1 937	239	1 263	1 137	126
	3. Vj.	2 174	1 933	241	1 371	1 184	187
	4. Vj.	2 482	2 128	354	1 482	1 263	219
1993	1. Vj.	2 246	1 927	319	1 380	1 188	192
	2. Vj.	2 222	1 989	233	1 411	1 261	150
	3. Vj.	2 227	2 005	222	1 496	1 321	175
	4. Vj.	2 512	2 174	338	1 661	1 403	258
1994	1. Vj.	2 335	2 020	315	1 449	1 278	170
	2. Vj.	2 269	2 042	227	1 505	1 331	174
	3. Vj.	2 265	2 055	210	1 565	1 393	172
	4. Vj.	2 555	2 217	338	1 687	1 480	207
1995	1. Vj.	2 382	2 063	319	1 503	1 340	163
	2. Vj.	2 349	2 117	232	1 587	1 419	168
Veränderung in vH gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres							
1991	3. Vj.	+ 6,6	+ 7,3	+ 1,1	+ 41,1	+ 16,1	X
	4. Vj.	+ 6,0	+ 6,8	+ 1,3	+ 35,8	+ 27,7	+ 128,2
1992	1. Vj.	+ 3,5	+ 4,6	− 2,7	+ 49,9	+ 31,9	+ 2 304,3
	2. Vj.	+ 2,7	+ 4,1	− 6,9	+ 32,4	+ 21,6	+ 557,4
	3. Vj.	+ 4,9	+ 4,9	+ 5,0	+ 26,5	+ 20,8	+ 81,4
	4. Vj.	+ 5,5	+ 5,9	+ 3,1	+ 14,4	+ 12,8	+ 25,1
1993	1. Vj.	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,4	+ 16,3	+ 14,7	+ 27,6
	2. Vj.	+ 2,1	+ 2,7	− 2,6	+ 11,7	+ 10,9	+ 18,5
	3. Vj.	+ 2,4	+ 3,7	− 8,2	+ 9,1	+ 11,6	− 6,4
	4. Vj.	+ 1,2	+ 2,2	− 4,4	+ 12,1	+ 11,0	+ 18,0
1994	1. Vj.	+ 3,9	+ 4,8	− 1,4	+ 5,0	+ 7,6	− 11,2
	2. Vj.	+ 2,1	+ 2,6	− 2,4	+ 6,7	+ 5,6	+ 15,8
	3. Vj.	+ 1,7	+ 2,5	− 5,2	+ 4,6	+ 5,4	− 1,9
	4. Vj.	+ 1,7	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,6	+ 5,5	− 19,6
1995	1. Vj.	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 3,7	+ 4,8	− 4,1
	2. Vj.	+ 3,5	+ 3,7	+ 2,1	+ 5,4	+ 6,6	− 3,3
Quellen: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen 1994 Hauptbericht; Berechnungen des DIW.							

Realeinkommen

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Einkommenszunahme, die es in der Berichtszeit gegeben hat, ist von der Inflation „aufgezehrt“ worden. Dabei ist die Entwicklung

der Verbraucherpreise in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich verlaufen. In Westdeutschland war das Preisniveau des privaten Verbrauchs im zweiten Quartal 1995 um 17 vH höher als im dritten Quartal 1990. In Ostdeutschland fielen die Preissteigerungen mit 39 vH erheb-

Tabelle 4

Verfügbares Realeinkommen¹⁾ je Einwohner

Vierteljahr		Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
in DM je Monat			
1990	3. Vj.	2 027	867
	4. Vj.	2 265	1 058
1991	1. Vj.	2 167	834
	2. Vj.	2 137	985
	3. Vj.	2 069	1 099
	4. Vj.	2 310	1 195
1992	1. Vj.	2 142	1 082
	2. Vj.	2 097	1 147
	3. Vj.	2 100	1 242
	4. Vj.	2 362	1 335
1993	1. Vj.	2 096	1 159
	2. Vj.	2 073	1 187
	3. Vj.	2 082	1 253
	4. Vj.	2 310	1 391
1994	1. Vj.	2 113	1 185
	2. Vj.	2 061	1 226
	3. Vj.	2 060	1 277
	4. Vj.	2 288	1 384
1995	1. Vj.	2 108	1 218
	2. Vj.	2 090	1 292
Veränderung in vH gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres			
1991	3. Vj.	+2,1	+26,7
	4. Vj.	+2,0	+12,9
1992	1. Vj.	-1,1	+29,7
	2. Vj.	-1,9	+16,4
	3. Vj.	+1,5	+13,0
	4. Vj.	+2,2	+11,8
1993	1. Vj.	-2,2	+7,1
	2. Vj.	-1,2	+3,6
	3. Vj.	-0,9	+0,9
	4. Vj.	-2,2	+4,2
1994	1. Vj.	+0,8	+2,3
	2. Vj.	-0,6	+3,2
	3. Vj.	-1,0	+1,9
	4. Vj.	-1,0	-0,5
1995	1. Vj.	-0,2	+2,7
	2. Vj.	+1,4	+5,4

¹⁾ Nominaleinkommen deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs.
Quellen: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen 1994 Hauptbericht; Berechnungen des DIW.

ges) gestiegen (Tabelle 4). Während das verfügbare Pro-Kopf-Nominaleinkommen in der Berichtszeit um 21 vH (Westdeutschland) und um 107 vH (Ostdeutschland) expandierte, nahm das Pro-Kopf-Realeinkommen im alten Bundesgebiet lediglich um 3 vH zu — zeitweise gab es Realeinkommensverluste —; die Bewohner der neuen Länder jedoch konnten im Durchschnitt eine beachtliche Zunahme ihres Realeinkommens (+49 vH) verbuchen.

Arbeitsproduktivität und Lohnstückkosten

So verständlich der Wunsch in Ostdeutschland nach einer schnellen Anpassung an westdeutsche Einkommensverhältnisse ist — er hat eine Kehrseite. Löhne und Gehälter sind nicht nur Einkommen, sondern auch Kosten. Die starken Lohnsteigerungen im Beitrittsgebiet haben sich als „Achillesferse der ostdeutschen Wirtschaft“⁵ erwiesen. Denn sie sind ursächlich dafür, daß der für Investitionen bereitstehende Teil der Wertschöpfung in Ostdeutschland wesentlich niedriger als in Westdeutschland ist. Das Problem besteht darin, daß sich die Löhne in den neuen Bundesländern wesentlich schneller an das westdeutsche Niveau angeglichen haben, als es bei der Produktivität der Fall ist. Mitte 1990 blieb diese um 68 vH, Mitte 1995 immer noch um 59 vH hinter der westdeutschen Produktivität zurück. Dies hat zur Folge, daß die Lohnstückkosten — die Arbeitskosten je Werteinheit des realen gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses⁶ — im neuen Bundesgebiet erheblich über denen in Westdeutschland liegen. Kurz nach Einführung der D-Mark in Ostdeutschland waren sie dort „nur“ um 26 vH höher als in den alten Bundesländern; mit den starken Lohnsteigerungen in den neuen Ländern ist der Abstand zwischen den Lohnstückkosten aber kräftig gewachsen. 1994 und im ersten Halbjahr 1995 sind die Lohnstückkosten in den neuen Ländern zwar etwas gesunken, der Rückgang war aber schwächer als in Westdeutschland, so daß sich die ostdeutsche Position tendenziell weiter verschlechterte. Zur Mitte des vergangenen Jahres waren die Lohnstückkosten in den neuen Ländern um 69 vH höher als die im alten Bundesgebiet (Schaubild 3); bis zum Jahresende 1995 sind sie auf 170 vH des westdeutschen Vergleichswertes gestiegen. Im produzierenden Gewerbe übertrafen sie das westdeutsche Niveau zwar „nur“ um ein Viertel, im

⁴ Methodisch ist eine Preisbereinigung von Einkommensdaten nicht ohne Probleme. Vgl. Heinrich Lützel: Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1987, S. 115 ff.

⁵ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1995. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42-43/1995, S. 735.

⁶ Bezieht man das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit auf das nominale Bruttoinlandsprodukt, ergibt sich zwar ein anderes Niveau der Lohnstückkosten als in realer Rechnung. Doch auch die nominale Rechnung zeigt, daß sich das Verhältnis der ostdeutschen Lohnstückkosten zu denen in Westdeutschland in der letzten Zeit wenig verändert hat.

lich stärker ins Gewicht; besonders zu Buch schlugen hier die kräftigen Mieterhöhungen.

Das von Preissteigerungen bereinigte verfügbare Pro-Kopf-Einkommen⁴ in Ostdeutschland ist von monatlich 867 DM (43 vH des westdeutschen Vergleichsbetrages) auf 1 292 DM (62 vH des westdeutschen Vergleichsbetra-

Eine Angleichung der Arbeitsproduktivität und der Lohnstückkosten in Ostdeutschland an das Niveau in Westdeutschland scheint in weiter Ferne zu liegen. Bei nachlassenden staatlichen Impulsen sind starke Produktivitätssteigerungen in den neuen Ländern nur durch eine eigenständige Investitionstätigkeit der ostdeutschen Unternehmen zu erzielen. Das ist nicht in Sicht, weil in Ostdeutschland die erforderlichen Gewinne fehlen⁸.

⁸ Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1996, S. 1 ff.